

Keine Frage des Geldes

Die Golf-Staaten reformieren den Bildungssektor, aber ein Mentalitätswandel ist auch vonnöten

Michael Bauer | **Die Defizite der Golf-Staaten im Bildungsbereich sind seit Jahren erkannt. Mit enormem finanziellen Aufwand wurden Reformen im Hochschulsektor initiiert. Es sind aber noch weitere große Anstrengungen erforderlich, um die Qualität des allgemeinen Bildungssystems zu verbessern und Arbeitsplätze außerhalb des Staatssektors attraktiver zu machen.**

Die Ausgangsposition der Staaten des Golf-Kooperationsrats, zu prosperierenden Bildungsstätten zu werden, ist sehr günstig. Dank ihrer Bodenschätze und Einnahmen aus dem Ölgeschäft verfügen sie über umfangreiche finanzielle Ressourcen. Frauen und Männer haben weitgehend gleiche Bildungschancen. Der Zugang zu staatlichen Bildungseinrichtungen ist in den meisten Golf-Staaten für Staatsbürger kostenlos. Die Bildungspolitik steht also nicht vor finanziellen Problemen. Dennoch belegen diese Länder in den einschlägigen Untersuchungen der UNESCO oder der Weltbank zur Qualität des Bildungssektors meist nur Plätze im Mittelfeld.¹

Die schwache Performance lässt darauf schließen, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht effektiv eingesetzt werden. Weitere Reformen sind daher nötig, um den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Region zu begegnen: Aufgrund des Bevölkerungswachstums muss die Bildungsinfrastruktur von der Vor- bis zur Hochschule ausgebaut werden. Darüber hinaus gilt es, die Qualität der Bildungsergebnisse ganz generell zu steigern, um die Qualifikation der nachwachsenden Generation für den Arbeitsmarkt sicherzustellen und international konkurrenzfähig zu sein. Entsprechende Maßnahmen und Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung sind eine Voraussetzung dafür, den angestrebten Sprung in die Wissensgesellschaft zu schaffen und die Volkswirtschaften auf die Zeit nach dem Öl vorzubereiten.

Vor dem Hintergrund dieser breiten Agenda wird deutlich, dass Bemühungen in allen Bereichen von Nöten sind. Besondere Aufmerksamkeit wurde in-

¹ UNESCO: Education for All by 2015. Will we make it? EFA Global Monitoring Report 2008, UNESCO Publishing/Oxford University Press, 2007; Weltbank: The Road Not Traveled, Education Reform in the Middle East and North Africa, Washington 2008.

ternational wie regional jedoch in den vergangenen Jahren vor allem dem Hochschulsektor zuteil.²

Die neuen Trends heißen „Education City“ und „Knowledge Village“

Seit einigen Jahren haben die Golf-Staaten damit begonnen, ihren einst weitgehend unter staatlicher Aufsicht stehenden Bildungssektor zu liberalisieren. Durch die Öffnung für ausländische Hochschulen und internationale Dienstleister sollte die Qualität vor allem der Berufsausbildung, der Hochschulbildung sowie des Forschungssektors verbessert werden. Bei einer Reihe von Universitäten und Bildungsanbietern im Westen brach daraufhin eine regelrechte Goldgräberstimmung aus, und eine Vielzahl von Projekten wurde in der Region initiiert. Besonders aktiv waren dabei Hochschulen aus den USA, Großbritannien und Australien, die sich über Studiengebühren finanzieren, aber auch viele kontinentaleuropäische Universitäten engagierten sich.

Einige Universitäten haben Ableger in den Golf-Staaten eröffnet, etwa die German University of Technology (GUtech), die im Oman gegründet wurde und mit der RWTH Aachen verbunden ist. Andere Hochschulen haben Kooperationsprojekte mit Hochschulen am Golf gegründet wie das German College of Medical and Health Sciences in Abu Dhabi. Dies ist ein Gemeinschaftsprojekt der Universität Bonn und der Universität Abu Dhabi, dem mittlerweile auch die TU München beigetreten ist. Viele ausländische Institute sind zudem in den „Wissensparks“ präsent, die in den Golf-Staaten gegründet wurden und ein wesentliches Element der dort entstehenden Bildungsinfrastruktur sind. Mit diesen Zentren wollen die Golf-Staaten die bestehenden Defizite ihrer – im internationalen Vergleich immer noch kaum konkurrenzfähigen – Hochschul- und Forschungsinfrastruktur wettmachen. Katar gründete die „Education City“, Dubai folgte mit dem „Dubai Knowledge Village“. Bahrain hat seine „Higher Education City“ für 2010 angekündigt und Saudi-Arabien hat mit der King Abdullah University of Science and Technology (KAUST), die in diesem Jahr in Dschidda fertiggestellt wird, ebenfalls ein Großprojekt gestartet, das ausländische Partner einbezieht. Finanzstarke Universitäten wie die KAUST und Stiftungen wie die Qatar Foundation oder die Kuwait Foundation for the Advancement of Sciences haben zudem Programme zur Forschungsförderung aufgelegt, durch die internationale Forschungszentren unterstützt und in die Forschungsaktivitäten in der Golf-Region eingebunden werden sollen.

Viele ausländische Institute sind in den „Wissensparks“ am Golf präsent

Auf den ersten Blick ähneln sich diese Großprojekte; im Detail bestehen jedoch erhebliche Unterschiede, die sich exemplarisch an Dubai und Katar festmachen lassen.³ Die Lehrangebote, mit denen die Hochschulen im Dubai Knowledge Village präsent sind, orientieren sich in erster Linie an der Nachfrage der Studentenschaft. Entsprechend hat sich ein Schwerpunkt in den Be-

² Vgl. dazu Christopher Davidson und Peter Mackenzie Smith (Hrsg.): Higher Education in the Gulf States. Shaping Economics, Politics and Culture, London 2008.

³ Vgl. David McGlennon: Building Research Capacity in the Gulf Cooperation Council Countries: Strategy, funding and engagement. Paper presented at the Second International Colloquium on Research and Higher Education Policy, UNESCO Headquarters, Paris, 29.11.–1.12.2006.

reichen Betriebswirtschaft und Informationstechnologie gebildet. Die Präsenz im Knowledge Village wird damit weitgehend durch marktwirtschaftliche Mechanismen organisiert. Die Education City hingegen wird von der Qatar Foundation finanziert, die bei der Auswahl der internationalen Partner ungleich selektiver vorgeht: Nur wenige internationale Universitäten werden eingeladen, Colleges in der Education City einzurichten. Bei den angefragten Fächern handelt es sich stets um international renommierte Studiengänge, etwa internationale Politik von der Georgetown University und Ingenieurwissenschaften von Texas A&M. Katar investiert viel Geld in diese Projekte und versucht als staatlicher Akteur, seine bildungsstrategischen Prioritäten unmittelbar umzusetzen, während Dubai sich in erster Linie darauf beschränkt, privaten Akteuren einen möglichst günstigen Handlungsrahmen anzubieten, in dem sich dann marktwirtschaftliche Kräfte entfalten können.

Auf Qualitätssicherung achten beide Seiten

Angesichts der Tatsache, dass die Hochschulen in den Golf-Staaten in den meisten internationalen Rankings keine Rolle spielen und die Forschungsinfrastrukturen in vielen Bereichen nur schwach ausgeprägt waren, ist der Ansatz naheliegend, sich durch den Import von Bildungsangeboten und internationale Partnerschaften zu stärken. Ob es damit zu einer nachhaltigen Verbesserung der Infrastrukturen in der Region kommt, hängt jedoch davon ab, ob mit den mehr oder minder großen internationalen Namen auch tatsächlich hochwertige Studienprogramme importiert werden und ob es gelingt, im Rahmen dieser Kooperation auch eigene Forschungskapazitäten aufzubauen.

An der Qualität der Studienabschlüsse ist beiden Seiten gelegen. Die Golf-Staaten möchten vermeiden, dass ausländische Bildungsanbieter in erster Linie kommerzielle Interessen mit ihrem Engagement am Golf verfolgen und für teures Geld qualitativ minderwertige Abschlüsse verkaufen. Die international renommierten Universitäten wiederum sind um ihren guten Ruf besorgt, sollten Studienleistungen und Abschlüsse, die in ihren Dependancen am Golf erzielt werden, nicht den Ansprüchen genügen, die mit dem Namen der Universität verbunden werden. Das Interesse an Qualitätssicherung besteht also sowohl auf Seiten der Golf-Staaten als auch der Spitzenuniversitäten.

Ein einheitlicher Mechanismus bei der Zulassung von Universitäten und der Anerkennung von Abschlüssen konnte bisher jedoch nicht geschaffen werden. Meist haben sich daher Insellösungen gebildet, wobei die Akkreditierungsverfahren für Anbieter oder die Anerkennung von Abschlüssen national oder von Projekt zu Projekt unterschiedlich geregelt werden. Einige ausländische Universitäten brachten ihre Qualitätssicherungsstandards gleich mit bzw. wurden von Partnern wie der Qatar Foundation dazu verpflichtet. Viele Universitäten haben umfangreiche Vorbereitungskurse entwickelt, um die Studierenden für ihre Studiengänge zu qualifizieren. An der GUtech in Oman müssen die Studenten ein zweisemestriges Pre-University-Programme durchlaufen, in dem

Importierte Bildung ist ein wichtiges Mittel, um die Reformen voranzubringen



die für ein erfolgreiches Studium notwendigen Kenntnisse der englischen Sprache sowie der Fächer Mathematik, Chemie, Physik, Wirtschaft und Informatik vermittelt werden.

Dass hohe Zugangskriterien bisweilen den ökonomischen Erfolg von Projekten in den Golf-Staaten gefährden, ist nicht auszuschließen. Die George Mason University hat jüngst ihr Engagement in den VAE abgebrochen, nachdem aufgrund der strengen Zugangsprüfungen – die Studenten mussten entsprechende Sprachkenntnisse nachweisen sowie die in den USA üblichen Tests bestehen – die Studentenzahlen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren und daher der wirtschaftliche Erfolg der Unternehmung in Frage stand.

Strahlende „Bildungsstädte“: Die Education City in Doha kooperiert mit international renommierten Partneruniversitäten. Doch bislang fehlen einheitliche Qualitätsstandards für Zulassung und Abschlüsse

Arbeit im Wirtschaftssektor muss attraktiver gemacht werden

Der volkswirtschaftliche Wert der Reformen im Hochschulbereich bemisst sich zu einem wesentlichen Teil an der Fähigkeit der Absolventen, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten. Die meisten Golf-Staaten haben seit einiger Zeit Kampagnen gestartet, die den Anteil heimischer Arbeitnehmer in der Wirtschaft erhöhen sollen. Dies setzt entsprechende fachliche Qualifikation und persönliche Leistungsbereitschaft der Absolventen voraus. Folgt man der Annahme der Weltbank, dass Abschlüsse im Bereich der Natur- bzw. Ingenieurwissenschaften volkswirtschaftlich gesehen höhere Renditen abwerfen als solche in sozial- oder geisteswissenschaftlichen Fächern, so ist der nach wie vor hohe Anteil problematisch, den die letztgenannten Bereiche bei den Absolventen einnehmen – er liegt laut Weltbank-Untersuchungen in den meisten Golf-Staaten deutlich über 70 Prozent.

Zwar haben Männer und Frauen in diesen Ländern weitgehend gleiche Bildungschancen, allerdings ist es für Frauen wesentlich schwerer, Zugang

zum Arbeitsmarkt zu bekommen. In der Regel ist für sie die Rolle der Ehefrau und Mutter vorgesehen oder sie können sich nicht gegen männliche Mitbewerber durchsetzen. Erschwerend kommt hinzu, dass es unter den Hochschulabsolventen oftmals an der Bereitschaft mangelt, ein Engagement in der freien Wirtschaft, im Forschungssektor oder auch im Hochschulbereich aufzunehmen. Bis dato suchen und finden die meisten einheimischen

Die meisten Uni-Absolventen finden einen Job im Staatsapparat – dort arbeitet man weniger und verdient mehr

Universitätsabsolventen in erster Linie eine Anstellung im Staatsapparat. Der Weltbank zufolge lag im Jahr 2000 der Anteil des Staates als Arbeitgeber in Saudi-Arabien bei 79 Prozent und in Kuwait sogar bei 93 Prozent.

Die Verdienstmöglichkeiten sind im öffentlichen Sektor oft wesentlich besser und die Arbeitsbelastung ist geringer als in der Privatwirtschaft. Damit werden dem privaten Sektor jedoch die gut qualifizierten einheimischen Arbeitskräfte entzogen, während die Abhängigkeit von ausländischen Fachkräften bestehen bleibt. Hinzu kommt, dass der Staat mit einer aufgeblähten Bürokratie zu tun hat, die keinen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum leistet, sondern die administrativen Abläufe bisweilen verkompliziert und das Staatsbudget erheblich belastet.

Weniger Religion, mehr Mathe

Im Bereich der Vor-, Grund- und weiterführenden Schulen geht es um Reformen der Lehrpläne und Veränderungen der Lehrmethoden. Darüber hinaus wollen die Golf-Staaten generell die Schülerquoten in allen Bereichen erhöhen. Diese Aspekte finden sich auch als zentrale Elemente in den bildungspolitischen Strategiedokumenten wieder, die in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurden.⁴ Die Bilanz der Umsetzung dieser Aktionspläne fällt jedoch nicht immer überzeugend aus.

So besteht Einigkeit darin, dass religiösen Inhalten im Lehrplan zugunsten von Mathematik, Wirtschafts- oder Naturwissenschaften sowie Fremdsprachen weniger Platz eingeräumt werden soll, denn insbesondere bei den mathematischen oder naturwissenschaftlichen Kenntnissen der Schüler gibt es enorme Defizite. Ein weiterer Reformbereich ist die Wissensvermittlung, die in der Regel sehr stark auf das Auswendiglernen von Inhalten setzt. Kritisches Denken, Kreativität und Problemlösungskompetenzen sowie Transferleistungen im Sinne der Übertragung von Lerninhalten auf andere Bereiche oder deren Anwendung in der beruflichen Praxis werden kaum gefördert.⁵

Daraus ergibt sich auch ein erheblicher Handlungsbedarf im Hinblick auf die Lehrerausbildung. Veränderte Curricula und Lehrmethoden lassen sich nur mit entsprechend ausgebildeten Lehrkräften verwirklichen. Die Lehrberufe

⁴ Siehe etwa den Aktionsplan „Education for All in the Arab States: Renewing the Commitment – The Arab Framework for Action to Ensure Basic Learning Needs in the Arab States 2000–2010“, auf den sich die arabischen Staaten im Januar 2000 verständigt haben.

⁵ Ibrahim Mubarak Al-Dossarys: Development of Education in the GCC Countries: Challenges and Opportunities, in: Gulf Research Center (Hrsg.): Gulf Yearbook 2007–2008, Dubai 2008, S. 159–175, hier: S. 161–166.

sind in den meisten Golf-Staaten bis dato jedoch nicht hoch angesehen und meist auch unterdurchschnittlich bezahlt. Gute Universitätsabsolventen streben eher eine Karriere in der Administration an als in die Lehre zu gehen. An Grund- und weiterführenden Schulen fehlt es daher an geeignetem Personal, die neuen Lehrpläne umzusetzen.

Problem erkannt, Gefahr gebannt?

Insbesondere für Saudi-Arabien ergibt sich die Notwendigkeit für Reformen im Bildungssektor auch aus sicherheitspolitischen Gründen. Im Königreich wurden bildungspolitische Fragen, etwa des Curriculums, in der Vergangenheit vor allem durch den extrem konservativen Klerus festgelegt. Der Politikwissenschaftler Mamoun Fandy geht so weit zu sagen, dass „das saudische Bildungssystem (...) eher einen muslimischen Dschihadisten als einen saudischen Staatsbürger hervorbringt“.⁶ Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sowie nach der Terrorserie 2003 in Saudi-Arabien erkannte man im saudischen Königshaus, dass diese Kompetenzaufteilung nicht mehr tragbar war. Vor allem König Abdullah, der 2005 den Thron bestieg und schon als Kronprinz starken Einfluss auf die Regierungsgeschäfte ausübte, hat eine Reihe von Reformen eingeleitet und durchgeführt, um die Dominanz der Konservativen im Bildungssektor zu reduzieren. So wurden die Lehrerausbildung unter staatliche Kontrolle gestellt und der staatliche Einfluss bei der Erstellung der Lehrinhalte gestärkt. Die Veränderungen in Saudi-Arabiens Bildungssektor sind in einem breiteren Kontext vorsichtiger gesellschaftlicher Reformen zu sehen, die von König Abdullah eingeleitet worden sind. Ein Mitte Februar 2009 international beachteter Schritt war die Ernennung von Nora al-Faiz als Vizeministerin im Bildungsministerium, die als erste Frau ein so hohes Amt in der saudischen Administration bekleidet.

Für Saudi-Arabien sind Bildungsreformen auch sicherheitspolitisch relevant

Eine Lektüre der einschlägigen politischen Strategiedokumente der Golf-Staaten zeigt, dass die Probleme im Bildungssektor zwar erkannt wurden, die Umsetzung entsprechender Reformen bislang aber nur bedingt erfolgreich war. Fortschritte sind vor allem im Hochschulwesen zu verzeichnen. Der Erfolg von internationalen Kooperationen hängt davon ab, ob es gelingt, die Qualität der Bildungsimpote und einen nachhaltigen Wissenstransfer in die Region zu sichern. Gesellschaftliche Innovationskraft und wirtschaftliches Wachstum können jedoch nur erreicht werden, wenn es zu einem Mentalitätswandel der Absolventen kommt und der Universitätsabschluss nicht mehr in erster Linie als Zugangsticket für eine Anstellung bei der Regierung betrachtet wird.



MICHAEL BAUER leitet das Nahost-Projekt der Forschungsgruppe Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München.

⁶ Mamoun Fandy: Enriched Islam. The Muslim Crisis of Education, Survival, Sommer 2007, S. 77–98, hier S. 88.